

MORNING NEWS

12. Dezember 2025

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG
DAX	24.294,61	164,47	0,68	24.130,14
MDAX	29.920,08	187,43	0,63	29.732,65
TEC DAX	3.547,81	-17,39	-0,49	3.565,20
Euro Stoxx50	5.753,96	45,84	0,80	5.708,12
Bund Future	127,41	-0,17	-0,13	127,58
Gold in US-\$	4.280,17	-0,02	-0,00	4.280,19
Bitcoin / US-\$	92.423,37	-461,24	-0,50	92.885,26

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG
DJ 30	48.704,01	646,26	1,34	48.057,75
NASDAQ	25.686,69	-89,75	-0,35	25.776,44
Nikkei 225	50.779,07	630,25	1,26	50.148,82
Hang Seng	25.947,21	416,70	1,63	25.530,51
Euro / US-\$	1,1739	0,00	0,01	1,1738
Öl (Brent) US-\$	61,75	0,47	0,77	61,28
Ethereum / US-\$	3.246,47	-4,00	-0,12	3.250,45

Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

INDEX	INDIKATION	ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag)
DAX	24.420	+126
NASDAQ Future	25.692,50	-21,00

AKTIE	PARITÄT €	VERÄNDERUNG €	%	SCHLUSSKURS XETRA in €	SCHLUSSKURS NYSE in \$	VOLUMEN NYSE
SAP AG	210,74	1,44	0,01	209,30	247,39	1.515.235,00
Nokia OJ	5,42	0,00	0,00	5,41	6,36	25.513.471,00

Unternehmenstermine

UNTERNEHMEN	RIC	ANLASS	ZEIT	SCHÄTZUNG
DAX / MDAX		Heute keine wichtigen Unternehmenstermine		
Europäische Unternehmen		Heute keine wichtigen Unternehmenstermine		

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

Konjunkturtermine

LAND	INDIKATOR	MONAT	UHRZEIT	SCHÄTZUNG
D	VPI (m/m), final	November	08:00	-0,2% (-0,2%)
D	VPI (y/y), final	November	08:00	2,3% (2,3%)
D	VPI – EU harmonisiert (m/m), final	November	08:00	-0,5% (-0,5%)
D	VPI – EU harmonisiert (y/y), final	November	08:00	2,6% (2,6%)
D	Leistungsbilanz	Oktober	n/a	n/a (18,6) Mrd €

Quelle: Bloomberg

Wall Street Schlussbericht

VOLUMEN	GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.)	US-STAATSANLEIHEN	VERÄNDERUNG	RENDITE (Yield)
Volumen NYSE	1,31 (1,55)	10-jährige Bonds	+0,125	4,14%
Volumen NASDAQ	8,32 (7,94)	30-jährige Bonds	-0,016	4,79%

()=Vortag

An den US-Börsen haben am Donnerstag **Sorgen über eine drohende KI-Blase** (Künstliche Intelligenz) den Technologiesektor belastet. Dagegen profitierten Standardwerte von der **Erleichterung über die Zinsentscheidung der US-Notenbank** Fed. Die Indizes S&P 500 legte 0,2 Prozent auf 6901 und Dow Jones 1,3 Prozent auf 48.704 Punkte zu. Der technologielastige Nasdaq gab 0,3 Prozent auf 23.594 Zähler nach.

Auslöser für die Verluste im Technologiesektor war der Softwarekonzern **Oracle**. Dessen Aktien brachen um elf Prozent ein, nachdem die Quartalsprognose die Schätzungen der Analysten verfehlte. Zudem warnte das Unternehmen, dass die jährlichen Ausgaben um 15 Milliarden Dollar höher ausfallen würden als bisher geplant. Dies schürte Befürchtungen, dass

die massiven Investitionen in das KI-Cloud-Computing vor allem Geld verbrennen. Die Kosten für die Versicherung von Oracle-Anleihen gegen einen Ausfall stiegen stark an. Anleger fürchten, dass die hohe Abhängigkeit des Unternehmens von Fremdfinanzierung eine KI-Blase ähnlich dem Platzen der Dotcom-Blase Anfang der 2000er Jahre anheizen könnte. Im Sog von Oracle gaben auch andere Technologiewerte nach.

Die Anleger verarbeiteten zudem die Entscheidung der US-Notenbank vom Mittwoch. Die Fed hatte die Leitzinsen um 25 Basispunkte gesenkt und eine Pause bei weiteren Lockerungen signalisiert. Für Erleichterung sorgte jedoch, dass die Notenbank weiterhin zwei Zinssenkungen in Aussicht stellte. "Die meisten von uns hatten erwartet, dass Notenbankchef Jerome Powell mit einem etwas negativeren Ton auftreten würde", sagte Mark Malek, Investmentchef bei Siebert Financial. Dass die Fed die Beschäftigung als etwas bezeichne, "das sie sorgfältig beobachten muss", sei bemerkenswert. Daten des Arbeitsministeriums vom Donnerstag schienen dies zu untermauern. Die Zahl der Erstanträge auf Arbeitslosenhilfe stieg in der Woche zum 6. Dezember auf 236.000, während Experten mit 220.000 gerechnet hatten.

Die Rallye beim **Silber** ging indes weiter. Das Edelmetall verteuerte sich um bis zu 3,9 Prozent auf 64,20 Dollar je Feinunze und übertraf damit sein erst am Mittwoch erreichtes jüngstes Allzeithoch. Andere Edelmetalle wie **Platin, Palladium** und **Gold** zogen um rund 1,5 bis 2,5 Prozent an. "Silber scheint Gold mit sich nach oben zu ziehen und zieht dabei auch Platin und Palladium mit. Dahinter steckt gerade eine Menge Schwung", sagte Edward Meir, Analyst beim Finanzdienstleister Marex. Niedrigere Zinssätze kurbeln die Nachfrage nach Edelmetallen an, die keine Zinsen abwerfen, und stützen so die Preise. Silber profitiert zudem von einer zunehmenden industriellen Nachfrage, sinkenden Lagerbeständen und seiner Einstufung als kritisches Mineral durch die USA.

Bei den Einzelwerten griffen Anleger bei **Adobe** zu, was die Aktie um über zwei Prozent nach oben trieb. Eine anziehende Nachfrage hatte dem Softwareanbieter zu einem Rekord-Quartalsumsatz verholfen. Getrieben wird das Wachstum Adobe zufolge von neuen KI-Funktionen in Anwendungen wie Photoshop.

Gefragt waren auch die Aktien von **Disney**, die um 2,5 Prozent zulegten. Der Unterhaltungskonzern steigt mit einer Milliarde Dollar bei dem auf Künstliche Intelligenz (KI) spezialisierten Softwarehaus OpenAI ein. Zudem sei eine Kooperation vereinbart worden, um Disneys Charaktere für das KI-Videowerkzeug Sora von OpenAI nutzbar zu machen, teilten die Unternehmen mit.

Die jüngsten Pläne von **Pinterest** kamen bei den Anlegern hingegen nicht gut an. Die Titel der US-Plattform für Bilder und Videos verbilligten sich um rund 3,2 Prozent. Das Unternehmen will den Werbespezialisten tvScientific übernehmen, um eigenen Werbekunden zu ermöglichen, seine 600 Millionen monatlich aktiven Nutzer auch außerhalb der Plattform zu erreichen. Pinterest rechnet jedoch nicht mit einem wesentlichen Einfluss des Zukaufs auf die Geschäftszahlen. Finanzielle Details der Transaktion wurden nicht genannt.

US Unternehmen

Apple hat im langjährigen Rechtsstreit mit dem "Fortnite"-Hersteller **Epic Games** einen Teilerfolg erzielt. Ein **US-Berufungsgericht in San Francisco** kippte am Donnerstag Teile einer früheren Gerichtsentscheidung, die dem iPhone-Hersteller untersagt hatte, Provisionen für Käufe zu verlangen, die außerhalb seines App Stores getätigt werden. Diese Anordnung sei zu weitreichend und müsse von der Vorinstanz geändert werden, urteilte das Gremium aus drei Richtern (Reuters).

Der Apple- und Google-Chipzulieferer **Broadcom** hat Umsatz und Gewinn im vierten Geschäftsquartal deutlich gesteigert und die Erwartungen der Analysten übertroffen. Für das erste Quartal geht das Unternehmen von einem deutlicheren Wachstum aus, als die Marktexperten zuvor angenommen hatten. Dabei profitiert Broadcom von Lösungen rund um die Künstliche Intelligenz (KI). Im vierten Quartal legte der Umsatz insgesamt um 28 Prozent auf gut 18 Milliarden US-Dollar zu. Wie Broadcom am Donnerstag in San Jose mitteilte, ist dies ein Rekordwert. Im ersten Quartal sollen die Erlöse im Jahresvergleich um 28 Prozent auf 19,1 Milliarden Dollar zulegen und damit stärker ausfallen als von Analysten erwartet. Die Aktien legten nachbörslich um vier Prozent zu. Im abgelaufenen Quartal verbesserte sich das bereinigte Ergebnis vor

Zinsen, Steuern und Abschreibungen (Ebitda) um 34 Prozent auf 12,2 Milliarden Dollar. Unter dem Strich verdiente Broadcom 8,5 Milliarden Dollar, nach 4,3 Milliarden ein Jahr zuvor. Das Unternehmen gehört in den Augen vieler Anleger wie Nvidia zu den großen Profiteuren des Ausbaus von KI-Rechenzentren (dpa/AFX).

Der Tesla-Rivale und VW-Partner **Rivian** will Fahrzeuge seiner nächsten Generation zu selbstfahrenden Autos machen. Dafür entwickelte Rivian selbst einen Spezial-Chip und wird einen Laser-Radar in die Frontscheibe seines neuen Modells R2 integrieren. Zudem bekommen die Rivian-Elektroautos einen Sprachassistenten aus eigener Entwicklung. Das Modell R2 soll im kommenden Jahr in den USA zu Preisen ab 45.000 US-Dollar auf den Markt kommen (dpa/AFX).

Das Online-Forum **Reddit** hat am Freitag **Klage** gegen das **australische Verbot von sozialen Medien für Nutzer unter 16 Jahren** eingereicht. Das US-Unternehmen beantragte beim High Court, dem obersten Gericht des Landes, die Aufhebung des Gesetzes. Reddit bezeichnete das Verbot in einem von seinen Anwälten unterzeichneten Schriftsatz als "ungültig, weil es die implizite Freiheit der politischen Kommunikation verletzt". Zudem werfe das Gesetz ernsthafte Fragen des Datenschutzes und der politischen Meinungsäußerung für alle im Internet auf, teilte Reddit in einer Erklärung mit. Die Klage richtet sich gegen den australischen Staat und Kommunikationsministerin Anika Wells (Reuters).

Marktmeldungen

Die **Kommission der Europäischen Union** erwägt EU-Kreisen zufolge eine Neuauflage ihres milliarden schweren **SAFE-Kreditprogramms für Rüstungsprojekte**. Hintergrund seien die wachsende Furcht vor Russland und Zweifel an den Sicherheitszusagen der USA, sagten zwei mit der Angelegenheit vertraute EU-Vertreter. Das ursprüngliche Programm im Umfang von 150 Milliarden Euro sei so stark überzeichnet gewesen, dass einige EU-Mitglieder eine zweite Auflage forderten, sagte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am Donnerstagabend auf einer Veranstaltung von Politico in Brüssel. Die Kommission prüfe die Idee nun aktiv, hieß es weiter (Reuters).

In **Bulgarien** ist die **Regierung** nach wochenlangen Protesten **zurückgetreten**. Der Schritt dürfte das EU- und Nato-Mitglied am Vorabend des geplanten Euro-Beitritts in eine längere Phase politischer Instabilität stürzen. Ministerpräsident Rossen Scheljaskow reichte am Donnerstag kurz vor einem geplanten Misstrauensvotum im Parlament den Rücktritt seines Kabinetts ein. Man habe die Lage erörtert und eine verantwortungsvolle Entscheidung getroffen, sagte Scheljaskow in einer Fernsehansprache. Der Rücktritt erfolgt kurz vor der für den 1. Januar geplanten Einführung des Euro. Auslöser waren Demonstrationen, die sich gegen Korruption und einen neuen Haushaltsentwurf richteten (Reuters).

US-Präsident Donald Trump ist nach Angaben des Weißen Hauses **"äußerst frustriert"** über **Russland** und die **Ukraine**. Der Republikaner sei es leid, dass Treffen nur um der Treffen willen stattfänden, sagte seine Sprecherin Karoline Leavitt bei einer Pressekonferenz. Er wolle keine weiteren Gespräche, sondern Taten sehen. Trump sei "äußerst frustriert über beide Seiten dieses Krieges", er wolle, dass der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine ende. Leavitt betonte gleichzeitig, dass die USA weiterhin engagiert blieben, um dieses Ziel zu erreichen. Nach Trumps Gespräch mit den Europäern am Mittwoch würde aktuell ein Team rund um seinen Sondergesandten Steve Witkoff mit beiden Seiten sprechen. Ob die USA zu einem Treffen am Wochenende in Europa, an dem auch der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj teilnehmen soll, Vertreter schicken, ist demnach noch unklar. Wenn es eine echte Chance auf die Unterzeichnung eines Friedensabkommens gebe, wenn die USA der Meinung seien, dass diese Treffen es wert seien, dass jemand aus ihrem Land daran teilnehme, dann werde man einen Vertreter schicken. "Es ist noch unklar, ob wir glauben, dass echter Frieden erreicht werden kann und wir wirklich vorankommen können", sagte Leavitt (dpa/AFX).

Der **ukrainische Präsident** Wolodymyr Selenskyj fordert für sein Land **Sicherheitsgarantien**, die Teil der europäischen Abschreckung Russlands sein sollten und von den USA unterstützt werden. Dies habe er bei einem Treffen der "Koalition der Willigen" zur Unterstützung der Ukraine gesagt, teilt Selenskyj auf dem Kurznachrichtendienst Telegram mit. Da Moskau seine Militäraktionen nicht einstelle, sei die Unterstützung der Ukraine entscheidend, um einen gerechten Frieden auf diplomatischem Wege zu sichern (Reuters).

Über **Gebietsfragen** für eine **Beendigung des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine** kann aus Sicht von Präsident Wolodymyr Selenskyj nur das **ukrainische Volk** entscheiden. "In Form von Wahlen oder in Form eines Referendums, doch muss es die Position des Volkes der Ukraine sein", sagte der Staatschef Journalisten in Kiew. Russland verlangt für einen Waffenstillstand Gebietsabtretungen und auch einen Rückzug ukrainischer Soldaten aus jenen Teilen des Donbass, die Kiew bisher noch kontrolliert. Selenskyj hatte das in der Vergangenheit kategorisch abgelehnt. Viel hänge dabei von der Lage an der Front ab, sagte Selenskyj. Ein US-Friedensplan sieht einen Abzug der ukrainischen Armee aus den noch gehaltenen Teilen der Gebiete Donezk und Luhansk vor. Einer Umfrage des renommierten Rasumkow-Zentrums zufolge sind aktuell über 90 Prozent der Ukrainer gegen territoriale Zugeständnisse an Russland (dpa/AFX).

In ihrer überarbeiteten Version eines ursprünglich von den USA vorgelegten **Friedensplans** besteht die **Ukraine** auf einer **Sollstärke der Armee** von 800.000 Soldaten. "Das ist die reale Stärke der heutigen Armee, das ist mit den Militärs abgestimmt", sagte der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj Journalisten in Kiew. Dieser Punkt des aktuell 20 Punkte umfassenden Entwurfs sei damit hinreichend überarbeitet worden (dpa/AFX).

Das **russische Militär** hat nach eigenen Angaben die ostukrainische Stadt **Siwersk** vollständig eingenommen. Russische Kommandeure teilten Präsident Wladimir Putin mit, die russischen Truppen hätten die ukrainischen Verteidiger besiegt, indem sie deren Versorgungswege unterbrachen. Putin dankte der russischen Armee. Eine Stellungnahme der Ukraine lag zunächst nicht vor. Die Einnahme von Siwersk, das vor dem Krieg mehr als 10.000 Einwohner hatte, ebnet den Weg für die Eroberung von Slowjansk, einer der beiden größten Städte in der Region Donezk, die noch unter ukrainischer Kontrolle stehen. Die Nachrichtenagentur *Reuters* kann die Angaben nicht von unabhängiger Seite überprüfen.

Dem russischen Verteidigungsministerium zufolge haben **russische Luftabwehrsysteme** in der Nacht 90 **ukrainische Drohnen** über dem Land und dem Schwarzen Meer zerstört (*Reuters*).

Im **juristischen Vorgehen** gegen die Gegnerin von US-Präsident Donald Trump und New Yorker Generalstaatsanwältin **Letitia James** haben die **Ankläger** einen **erneuten Rückschlag** erlitten. Eine Grand Jury im US-Bundesstaat Virginia weigerte sich am Donnerstag zum zweiten Mal, Anklage wegen mutmaßlichen Hypothekenbetrugs gegen das Mitglied der Demokratischen Partei zu erheben. Dies verlautete aus mit der Angelegenheit vertrauten Kreisen. Eine Grand Jury ist in den USA ein Gremium von Laienrichtern, das darüber entscheidet, ob die von der Staatsanwaltschaft vorgelegten Beweise für eine formelle Anklageerhebung ausreichen. Die Entscheidung gilt als weiterer Rückschlag für das US-Justizministerium bei seinem Vorgehen gegen politische Gegner des Republikaners Trump (*Reuters*).

US-Präsident Donald Trump hat seine Drohung mit Militärschlägen auf dem Landweg gegen den Drogenhandel aus **Venezuela** erneut bekräftigt. Die USA würden bald mit Angriffen beginnen, um Drogentransporte auf dem Weg in die USA abzufangen, sagte Trump am Donnerstag (Ortszeit) vor Reportern im Weißen Haus. Die Ankündigung erfolgte einen Tag, nachdem die USA nach eigenen Angaben einen Öltanker vor der Küste Venezuelas festgesetzt hatten. Trump hatte bereits Ende November angekündigt, den Kampf gegen mutmaßliche Drogenhändler aus Venezuela auf Einsätze an Land auszuweiten. Die Schmuggler würden den Seeweg meiden, sagte er damals zur Begründung. Bislang konzentrierten sich die US-Streitkräfte auf Operationen zur Drogenbekämpfung auf See (*Reuters*).

Thailands Ministerpräsident Anutin Charnvirakul hat das **Parlament aufgelöst** und damit den Weg für vorgezogene Neuwahlen freigemacht. Die Entscheidung werde die Handhabung des Grenzkonflikts mit dem benachbarten Kambodscha nicht beeinträchtigen, sagte Anutin am Freitag. Grund ist ein Streit mit der größten Oppositionsfraktion. König Maha Vajiralongkorn hat den entsprechenden Erlass gebilligt, hieß es am Freitag im Amtsblatt. "Ich gebe die Macht an das Volk zurück", teilte Anutin, der eine Minderheitsregierung anführt, am Donnerstagabend in den sozialen Medien mit. Die Wahlen müssen nun laut Gesetz innerhalb von 45 bis 60 Tagen stattfinden (*Reuters*).

Automobile / Zulieferer

Mercedes-Benz will mit einem neuen Technologieprogramm den **CO2-Fußabdruck** seiner Fahrzeuge senken und den Anteil von wiederverwerteten Materialien erhöhen. Das Programm mit dem Namen "Tomorrow XX" umfasst das gesamte Produktportfolio und reicht von der Entwicklung neuer Fahrzeuge bis zum Verwerten von Altfahrzeugen, wie der Stuttgarter Autobauer erklärte (Reuters).

Öl & Gas

Die **USA** wollen weitere, mit **Öl aus Venezuela** beladene **Tanker** aufbringen. Dies sagten sechs mit der Angelegenheit vertraute Personen der Nachrichtenagentur *Reuters*. Mit dem Vorgehen solle der Druck auf den venezolanischen Präsidenten Nicolas Maduro erhöht werden.

Versicherungen

Der italienische Versicherer **Generali** und die französische Bankengruppe **BPCE** haben ihre Pläne für eine Fusion ihrer Vermögensverwaltung begraben. Beide Unternehmen teilten am Donnerstag in einer gemeinsamen Erklärung mit, die für eine Umsetzung des Vorhabens notwendigen Bedingungen seien derzeit nicht gegeben (Reuters).



STEBING AG
WERTPAPIERHANDELSBANK



FAROS Private Markets Database

Die kostenlose Datenbank für institutionelle Investoren

privatemarkets.faros-consulting.de

Kontakt

Wolfgang Steubing AG
Wertpapierdienstleister
Goethestraße 29
60313 Frankfurt a. M.
T +49 69 29716 0
F +49 69 29716 111
info@steubing.com
www.steubing.com

Morning News

Alexander Dietzer
T +49 69 29716 149
alexander.dietzer@steubing.com

Institutionelle Kundenbetreuung

Michael Heidn
T +49 69 29716 131
michael.heidn@steubing.com

Wolfgang Schroth
T +49 69 29716 144
wolfgang.schroth@steubing.com

Haftungsausschuss

Die beigelegten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister, nachfolgend Steubing AG, erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© 2025 Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister. Alle Rechte vorbehalten.

Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorferstraße 108
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28
D-60439 Frankfurt

